An

**die Vertreterinnen und Vertreter der Presse**

Itzehoe, 17. Dezember 2018

**P R E S S E M I T T E I L U N G**

**Für Schülerinnen und Schüler gilt die Schulpflicht!**

Die Landesschülervertretung der Gymnasien betrachtet den Schülerstreik am vergangenen Freitag für besseren Klimaschutz in Kiel zwiespältig, befürwortet und unterstützt jedoch entschieden die Absicht, sich für besseren Klima- sowie Umweltschutz einzusetzen und seine Meinung kundzutun.

Am 14. Dezember haben Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein vor Schleswig-Holsteins Landeshaus für mehr Klima- und Umweltschutz sowie für einen direkten Kohleausstieg in Deutschland demonstriert. Damit schließen sie sich einer weltweiten Schülerbewegung an, welche von der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg ins Leben gerufen wurde, und bereits in einigen deutschen Städten Zulauf gefunden hat.

Die Meinungsfreiheit ist essenziell für eine funktionierende Demokratie und wird durch das Demonstrationsrecht aufgegriffen, welches in Deutschland im Grundgesetz verankert ist. Dennoch möchte die Landesschülervertretung der Gymnasien betonen, dass für Schülerinnen und Schüler die Schulpflicht gilt und es insofern wünschenswert wäre, das Engagement für wichtige Themen wie den Klima- und Umweltschutz nach dem Unterricht zu zeigen. Aus unserer Sicht, könnte es die gewünschte Botschaft sogar noch verstärken, wenn Schülerinnen und Schüler in ihrer Freizeit und nicht „nur“ anstelle von Unterricht für die gute Sache einstehen würden.

Über die heutige Kundgebung hinaus wäre eine thematische Neuorientierung in den einzelnen Curricula oder in den Unterricht einbezogene Projekte entscheidende Schritte, denn auch Schule muss nachhaltig sein. „Das heißt, ein größeres Bewusstsein für Nachhaltigkeit wie sparsame Ressourcennutzung und erneuerbare Energien soll geschaffen […] werden.“ (GP LSV Gym SH, Z. 263-266). Nachhaltigkeit soll in der Schule einen hohen Stellenwert besitzen, sodass die Schülerinnen und Schüler für ihr späteres Leben darauf sensibilisiert werden.

Wir möchten keine Schülerin und keinen Schüler vom politischen Engagement abhalten, denn in einer Gesellschaft, die zunehmend extreme Tendenzen annimmt, ist es wichtig zu wissen, was man will. Jedoch haben jede Bürgerin und jeder Bürger seine Pflichten, denen sie und er nachkommen müssen.